Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7703**

19. Wahlperiode 13.02.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Lorenz Gösta Beutin, Caren Lay, Dr. Gesine Lötzsch, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Michel Brandt, Jörg Cezanne, Anke Domscheit-Berg, Sylvia Gabelmann, Dr. André Hahn, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Pascal Meiser, Amira Mohamed Ali, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Victor Perli, Ingrid Remmers, Bernd Riexinger, Dr. Petra Sitte, Dr. Kirsten Tackmann, Jessica Tatti, Kathrin Vogler, Andreas Wagner, Harald Weinberg, Hubertus Zdebel, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Kohleausstieg schnell und sozial gerecht umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ende Januar 2019 vorgestellten Empfehlungen der Kohlekommission „Beschäftigung, Strukturwandel, Wachstum“ können nur ein erster Schritt sein, um den bisher verschleppten Kohleausstieg gesetzlich in die Wege zu leiten und den Strukturwandel in den Braunkohleregionen in Ost und West sozial gerecht und planungssicher zu gestalten. Der von der Kommission vorgeschlagene Kohleausstieg beginnt zu langsam und das Ende der Kohleverstromung bis 2038 ist klimapolitisch nicht hinreichend. Es bedarf konkreter Sofort-Maßnahmen, um die Klimaziele 2020 und 2030 sowie die Vorgaben des völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Gleichzeitig darf der notwendige Kohleausstieg nicht zu neuen sozialen Ungerechtigkeiten führen. Energiekonzerne und Industrie müssen einen fairen Beitrag zur Energiewende leisten statt durch Strompreis-Privilegien und nicht gerechtfertigte Entschädigungen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger belohnt zu werden. Die Schülerstreiks für mehr Klimaschutz zeigen, dass die Klimafrage eine Frage der Generationengerechtigkeit ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Empfehlungen der Kohlekommission zur Zukunft der Beschäftigten in der Kohleindustrie im Sinne einer Einkommens- und Beschäftigungsgarantie gesetzlich verankert;
2. den von der Kohlekommission vorgeschlagenen Abschaltplan zum Ende der Kohleverstromung auf die Erfüllung des Pariser Klimaabkommens hin zu

überprüfen, zu beschleunigen und in einem Entwurf für ein Kohleausstiegsgesetz festzuschreiben, wobei der Gesetzesentwurf sicherstellen muss, dass kein weiteres Dorf einem Braunkohletagebau weichen muss;

3. einen Entwurf für ein Strukturwandelgesetz vorzulegen, das die von der Kohlekommission vorgeschlagenen Strukturwandelgelder verbindlich zusichert und deren demokratische und nachhaltige Verwendung verankert;
4. sicherzustellen, dass Energiekonzerne im Rahmen des Kohleausstiegs keine weiteren Vergünstigungen erhalten.

Berlin, den 12. Februar 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.